Warmbrunner Nachrichten

Unparteiische Tageszeitung für das Riesengebirge.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen. — Bezugspreis: Wöchentlich 35 Pfg., monatlich 1,45 Mk., durch die Post 1,40 Mk. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik haben die Bezieher kein Anrecht auf Nachlieferung.

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Petitzeile 15 Pfg., für auswärtige Inserenten 25 Pfg., die 3-gespaltene Reklame-Zeile 75 Pfg. bezw. 1.— Mk., tabellarischer Satz bis 100 Prozent Zuschlag. Etwaiger Rabatt wird hinfällig, wenn der Betrag nicht innerhalb 30 Tagen nach Rechnungserhalt bezahlt ist, ebenso erlischt derselbe bei Konkurs od. gerichtl. Beitreibung.

Schriftleitung: H. Fleischer, Druck und Verlag: P. Fleischer, Warmbrunn, Voigtsdorfer-Straße 3. Fernsprecher Nr. 115. — Postscheckkonto: Nr. 6746 Breslau

Nummer 249. Freitag, den 23. Oktober 1925. 44. Jahrgang.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Ministerpräsidenten der Länder berieten sich mit der Reichsregierung über den Vertrag von Locarno. Sie knüpften ihre Zustimmung an die Erfüllung der Deutschland gemachten Versprechungen.

* Nach den bisherigen Ergebnissen haben die Wahlen des memelländischen Gebietes einen vollkommenen Sieg der deutschen Einheitsfront über die litauischen Parteien gebracht.

* Griechenland hat an Bulgarien wegen einer Grenzverletzung ein Ultimatum gerichtet und Genugtuung verlangt.

* Der Bürgerkrieg in China nimmt wieder größere Ausdehnung an. Der Kommandant der Pekingtruppen zieht sich vor den andrängenden Südtruppen zurück.

Das Rheinland.

Um das Schicksal des Rheinlandes dreht es sich vor allem bei der Frage, wie sich nun Deutschland zu dem Ergebnis von Locarno stellen soll. Und was sagt das Rheinland selbst dazu? Schon während der Konferenz wurde gerade aus dem Rheinland der Regierung gesagt, man solle nicht etwa deutsche Lebensinteressen dadurch schädigen, daß man zu weit gehende Zugeständnisse macht, nur um dem Rheinland zu einer Abkürzung der Besetzungsfrist zu verhelfen. Erst das gesamte Deutschland und dann das Rheinland. Soeben sind von der Reichsregierung 30 Delegierte der politischen Parteien und der wirtschaftlichen Organisationen des Rheinlandes sowie die Oberbürgermeister der größten Städte nach Berlin berufen worden, und Reichsaußenminister Dr. Stresemann hat vor dieser Vertreterversammlung ausführlich über das Ergebnis der Arbeit in Locarno berichtet; dann gab Ministerialdirektor Dr. Gaus eine eingehende juristische Interpretation der abgeschlossenen Verträge.

Natürlich stand die Frage der sogenannten Rückwirkungen des Vertrages von Locarno auf die Verhältnisse im besetzten Gebiet in dem Vordergrund der Diskussion. Dr. Stresemann gab dabei nur der einhelligen Ansicht aller Vertreter Ausdruck, daß die Räumung der nördlichen Rheinlandzone, wenn sie wirklich demnächst erfolgen sollte, nicht etwa als ein besonderes Entgegenkommen angesehen werde, weil wir auf diese Räumung seit dem 10. Januar ein zwar unbestreitbares, aber bisher nicht ausgeführtes Recht haben. Allerdings soll nun diesen Räumungsverpflichtungen durch die Alliierten bis etwa Mitte November nachgekommen werden. Dem widerspricht eine Meldung der Londoner Zeitung „Star", wonach die Zurückziehung der englischen Besatzung aus Köln erst Weihnachten oder gar zu Beginn des neuen Jahres erfolgen soll, wobei gleichzeitig auch noch mitgeteilt wird, daß ein Teil der frei werdenden Truppen in das besetzt bleibende Gebiet übergeführt werden soll.

Gerade das aber ist es, was eine der wichtigsten Streitfragen zwischen uns und der Entente ist: was geschieht mit den Truppen, wenn wirklich die Rheinlandzone geräumt ist? Die französischen Truppen, die im Ruhrgebiet stationiert waren, sind zum größten Teil nicht nach Frankreich zurückbefördert worden, sondern wurden nur in das weiter besetzte Gebiet verlegt. Von vornherein hat sich Frankreich nicht an die Bestimmungen des Versailler Vertrages gehalten, wonach die Zahl der Besatzungstruppen nicht höher sein soll als diejenige ist, die Deutschland vor dem Kriege in den jetzt besetzten Teilen des Rheinlandes unterhielt. Diese Nichtachtung der vertraglichen Bestimmungen ist immer stärker geworden, weil im wachsenden Maße Familienangehörige des Militärs nachgezogen wurden. Auch die Zahl der von der Rheinlandkommission beschäftigten Zivilbeamten wuchs ständig entsprechend dem Maße, wie die Kommission die Hoheitsrechte Deutschlands im besetzten Gebiet beseitigte. Wird die nördliche Rheinlandzone wirklich geräumt, die doch zahlreiche größere und große Städte aufweist, werden die Truppen aber dann nicht nach Frankreich zurückbefördert, so werden die Verhältnisse in der zweiten und dritten Zone ganz untragbar.

Wie steht es überhaupt mit der Frage, wann diese beiden Zonen zu räumen sind? Deutschland betrachtet die Räumung als die allerwichtigste Rückwirkung des Vertrages von Locarno, und zwar als Rückwirkung ohne vertragliche Festlegung. Wenn die Besetzungsfristen verkürzt werden, so ist das auch wieder kein Entgegenkommen von seiten der Alliierten, kein Geschenk, sondern wäre lediglich die Erfüllung einer Bestimmung des Versailler Vertrages. Der Artikel 431 dieses Vertrages lautet nämlich: „Wenn Deutschland vor dem Ablauf des Zeitraums von fünfzehn Jahren alle Verpflichtungen erfüllt hat, welche ihm aus dem gegenwärtigen Vertrage erwachsen, so werden die Besatzungstruppen sofort zurückgezogen.

Die Besetzung deutschen Gebietes auf Grund des Versailler Vertrages hatte einen dreifachen Zweck. Nämlich, Sicherheiten zu schaffen, die Durchführung der politischen Bestimmungen dieses Vertrages, der Entwaffnungsbestimmungen und schließlich der wirtschaftlich-finanziellen Festsetzungen. Die letzteren sind ersetzt worden durch den Londoner Pakt und die in ihm festgelegten Sicherheiten; die Entwaffnungsbestimmungen sind als erfüllt zu betrachten, sobald die Entente die nördliche Rheinlandzone räumt, weil, wie sie selbst wiederholt versichert hat, diese Räumung erst dann erfolgen wird, wenn Deutschland entwaffnet ist. Die politischen Sicherheiten, so vor allem für die Grenzziehungen des Versailler Vertrages, sollen nun ersetzt werden durch den Rheinpakt und die Schiedsgerichtsverträge in West und Ost, äußerlich ganz besonders dokumentiert durch den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Werden also alle diese Abmachungen unterzeichnet, dann kann die Besetzung deutschen Bodens, die sog. alten Sicherheiten, gar keinen Zweck mehr haben, weil sie ersetzt ist durch andersgeartete Sicherheiten.

Aus diesem einfachen Gedankengang ergibt sich ohne weiteres, daß als eine der Rückwirkungen des Vertrages von Locarno die Gesamträumung des besetzten Gebietes unverzüglich geschehen müßte, und daß wir auf diese Räumung einen rechtlichen und tatsächlichen Anspruch haben. Das zu klären und vertraglich festzulegen durch eine offizielle Erklärung der Gegenseite ist viel wichtiger als sich mit ihr über eine Milderung des Besetzungsregimes zu unterhalten, die gleichfalls kein französisches Entgegenkommen, sondern lediglich die Wiederherstellung eines verletzten Rechtes wäre.

*

Rheinlandvertreter beim Reichspräsidenten.

Reichspräsident von Hindenburg hat eine Abordnung der in Berlin weilenden Rheinlandvertreter empfangen. Nachdem die aus dreißig Herren bestehende Abordnung des Rheinlandes Dienstag vom Reichskanzler empfangen worden war, ließ Hindenburg den Rheinländern den Wunsch überbringen, persönlich die Wünsche des Rheinlandes kennenzulernen. Da es der Rheinlandabordnung nicht angängig erschien, in der Gesamtzahl beim Reichspräsidenten vorzusprechen, so wurde ein kleinerer Ausschuß gewählt. Die Abordnung gab dem Reichspräsidenten einen Überblick über die gegenwärtigen Verhältnisse des Rheinlandes und betonte wiederum wie auch beim Reichskanzler, daß das Rheinland nicht auf Kosten des Gesamtvolkes für sich Vorteile erringen wolle, daß jedoch im Gesamtinteresse der deutschen Wirtschaft und der Verkehrseinheit vor Unterzeichnung des Abkommens von Locarno die feierlichen Versprechen der alliierten Vertreter eingelöst sein müßten.

Um den Vertrag von Locarno.

Berlin, 21. Oktober.

Heute traten die hier eingetroffenen Ministerpräsidenten der deutschen Länder in der Reichskanzlei zusammen, um über das Dokument von Locarno unterrichtet zu werden. Zu der Konferenz waren sämtliche Kabinettsmitglieder erschienen. Nach einem ausführlichen Vortrage des Reichskanzlers Dr. Luther über den Gang der Locarneser Verhandlungen beschäftigte sich Reichsaußenminister Dr. Stresemann mit der Wertung der Vertragsentwürfe. Ministerialdirektor Dr. Gaus behandelte das Thema von der juristischen Seite. Die Ministerpräsidenten erkannten die schwere Arbeit der deutschen Delegation in Locarno an. Sie sprachen sich dahin aus, daß eine Unterzeichnung der Verträge nur dann erfolgen könne, wenn die gegebenen Zusagen erfüllt werden.

Im Laufe des Tages fand dann eine Konferenz der Reichsbehörden mit dem Auswärtigen Ausschuß des Reichsrates statt. Morgen tritt der Auswärtige Ausschuß des Reichstages zusammen, um sich ebenfalls über Locarno zu äußern. Reichskanzler Dr. Luther empfing auch den deutschnationalen Parteiführer, Grafen Westarp, und einige Herren des Parteivorstandes. Der Kanzler wurde über das Ergebnis der Sitzung des deutschnationalen Parteivorstandes unterrichtet. Es wurde ihm mitgeteilt, daß die ernsten Bedenken, die vor allem auf dem rechten Flügel der Deutschnationalen gegenüber dem Vertrag von Locarno bestehen, noch nicht überwunden sind. Vor allem sehe man in den französisch-polnischen und den französisch-tschechischen Sonderverträgen eine gewisse Belastung. Es wurde dabei betont, daß ein Teil der Deutschnationalen bei Nichterfüllung seiner Wünsche die Zurückziehung der deutschnationalen Minister aus dem Kabinett verlangt hätte. Diese Stimmen seien aber nicht durchgedrungen, wenngleich den Deutschnationalen eine Zustimmung ohne Erfüllung der gegebenen Zusicherungen nicht möglich sei. Dr. Luther wies darauf hin, daß die deutsche Delegation immer den Standpunkt vertreten habe, daß der Vertrag von Locarno nicht ohne praktische Rückwirkungen bleiben dürfe, daß er sich aber in der Voraussetzung der Durchführung dieser Rückwirkungen für die Unterzeichnung des Vertrages verbürgt habe, und alle Mittel erschöpfen würde, um unter diesem Gesichtspunkt seine Pläne durchzuführen.

Die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei ist zur Beratung des Vertrages von Locarno zusammengetreten. Dem Vernehmen nach sollen dabei endgültige Beschlüsse gefaßt werden.

*

Gegen den Vertrag.

Lübeck, 21. Oktober.

Eine Konferenz von deutschnationalen Vertretern aus den drei Hansestädten und den Nachbarbezirken hat nach Reden der Reichstagsabgeordneten Everling und Golz eine Entschließung gefaßt, in der es heißt: „Wir haben uns von einem Sicherheitspakt auf der Grundlage des Versailler Diktates niemals einen Vorteil für unser Vaterland versprochen. Der in Locarno paraphierte Pakt erfüllt in keinem Punkte die Forderungen, die für die Deutschnationale Volkspartei zur Wahrung deutscher Ehre und Zukunft selbstverständlich sind. Wir verlangen deshalb von unseren Vertretern im Reichstag die Ablehnung des Paktes."

Reichstag und Reichsrat.

(Von einem alten Parlamentsjournalisten.)

Das Reichstagsgebäude in Berlin weist ein wundervolles Gemach auf, das nur wenigen bekannt ist. Es ist mit Kunstwerken aller Art reich geschmückt und beherbergte früher den Bundesrat. Prächtige allegorische Bilder hängen an den Wänden. Ein großer Kamin aus istrischem Kalkstein nimmt die eine Seite des Raumes ein. Über der Feuernische zeigt ein Bronzerelief den alten Kaiser Wilhelm I. Verklungene Zeiten.

Der Reichsrat findet sich oft in diesem Staatszimmer zusammen, um zu den Beschlüssen des Reichstags Stellung zu nehmen. Da die Ausschüsse vorbereitende Arbeit geleistet haben, vollziehen sich die Vollsitzungen des Reichsrats, die unter der Leitung eines Reichsministers stehen, meist sehr rasch. Bei den Abstimmungen kam es in letzter Zeit wiederholt zu interessanten Konstellationen. Preußen hat bekanntlich 26 Stimmen im Reichsrat, während alle anderen Länder zusammen 40 haben. Preußen konnte also einen gewichtigen Einfluß geltend machen. Nun stellte sich aber heraus, daß vielfach die Stimmen der preußischen Provinzen anders abgegeben wurden als die der preußischen Regierung. Im Preußischen Landtag kam es deshalb zu lebhaften Auseinandersetzungen in dieser Frage, und der Verfassungsausschuß des Preußischen Landtags hat beschlossen, daß von nun an die preußischen Stimmen im Reichsrat einheitlich abgegeben werden sollen. Die endgültige Entscheidung hat freilich das Plenum des Preußischen Landtages zu treffen.

Der Vorläufer des Reichsrats, der alte Bundesrat, trat zweifellos geschlossener auf als die jetzige Vertretung der einzelnen deutschen Länder. Meinungsverschiedenheiten gab es freilich auch da, aber sie wurden nicht öffentlich ausgetragen. Dafür sorgte schon die starke Disziplinargewalt des Altreichskanzlers. Es lebte sich damals viel gemächlicher im Reichstagsgebäude. Während jetzt vielfach der Reichsrat dem Reichstag nachgeben muß, wenn auch nach dem Austausch von zahlreichen Erklärungen, so gab früher der Bundesrat in der Regel den Ton an.

Die Herren vom Bundesrat, besonders die Stimmführer zeigten im Reichstag, von dem sie ja in jeder Beziehung unabhängig waren, ein sehr entschlossenes Auftreten. Sie scheuten sich auch durchaus nicht, einzelne ihnen mißliebige Volksvertreter gelegentlich zu brüskieren. So war es bekannt, daß Fürst Bismarck in den späteren Jahren jedesmal den Saal verließ, sobald der fortschrittliche Abgeordnete Eugen Richter das Wort bekam. Am 25. Mai 1881 kam es sogar zu einem allgemeinen Auszug der Bundesräte. Fürst Bismarck war seit langem bemüht, Hamburg zur Aufgabe seiner Freihafenstellung zu zwingen. Nun beantragte er im Mai im Bundesrat, die Unterelbe in den Zollverein einzuverleiben und das Hauptzollamt und die Zollvereinsniederlagen in Hamburg aufzuheben. Daraufhin stellte Eugen Richter mit dem Abgeordneten Karsten, dem Vertreter für Altona, folgenden herben Antrag: „Der Reichstag wolle erklären, daß es weder dem bundesstaatlichen Verhältnis noch der Achtung vor dem geltenden Verfassungsrecht entspricht, wenn der Bundesrat Änderungen der Zolleinrichtungen vornehmen sollte, lediglich zu dem Zwecke, um einzelne Bundesstaaten in dem freien Gebrauch ihres verfassungsmäßigen Rechts zu beschränken." Als der Antrag nun zur Beratung gestellt wurde, erhob sich sogleich der Minister v. Bötticher und erklärte, er müsse die Unterstellungen, die in dem Antrag enthalten seien, zurückweisen. Der Bundesrat sei sich seiner Pflicht voll bewußt und halte es mit der Würde der verbündeten Regierungen nicht vereinbar, sich an der Beratung dieses Antrages zu beteiligen. Darauf eilte der Minister mit sämtlichen anderen Bundesräten aus dem Saal.

Noch größeres Aufsehen erregte es im Jahre 1912, als bei einer scharfen Rede des Sozialdemokraten Scheidemann, die sich gegen das Hohenzollernhaus richtete, plötzlich der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg sich erhob, seinen Kollegen vom Bundesrat ein Zeichen gab und mit ihnen aus dem Saal eilte.

Die Sprecher des Bundesrats in den Reichstagssitzungen waren in der Regel der Reichskanzler und die Staatssekretäre, aber auch die Vertreter der Bundesstaaten griffen in die Debatte ein. Dabei fiel manch gutes Wort, das noch nicht vergessen ist. Als z. B. das Gerücht verbreitet wurde, Bismarck werde aus Gesundheitsrücksichten nach Ägypten reisen, entgegnete er: „Jawohl, und zwar werde ich auf dem Kamel, das diese Nachricht gemeldet hat, durch die Wüste reiten." Ein andermal sagte er: „Ein guter Redner muß etwas vom Dichter haben, darf es also mit der Wahrheit nicht ganz mathematisch genau nehmen." Fürst Bülow prägte u. a. folgendes Wort: „Es geht mit den Allianzen ähnlich wie mit den Damen, die besten sind schließlich diejenigen,

von denen man am wenigsten redet." Von dem vergnügten Minister von Podbielski ist das Kampfwort gegen den Mittellandkanal erhalten geblieben: „Ich lasse mir von dem Lausekanal nich vor den Bauch stoßen!" Damals fand man diese Ausdrucksweise reichlich derb. Gegenüber der jetzt im Reichstag üblichen Redeweise wirkt sie aber wie Zephirsäuseln. F.

Der Bürgerkrieg in China.

Nanking gefallen.

Die Truppen Tschangtsolins sind, so berichten die „Times" aus Peking, mit Ausnahme derjenigen, die sich kampflos ergeben haben, nunmehr auf der Nordseite des Yangtsekiang und gehen mit der Eisenbahn nach Norden. Kiangsu ist gleichfalls in den Händen Suntschuangfangs. Die weitere Folge der Bewegung ist, daß der südliche Teil der Provinz Nganhwei gleichfalls geräumt werden muß. Tschangtsolin hat infolgedessen seine Stellung am Yangtsekiang verloren, und man nimmt an, daß seine Streitkräfte sich auf Hsudschau zurückziehen werden.

Unklarheit herrscht über die Absichten des sogenannten Christengenerals Fengyusiang. Man nimmt jedoch an, daß er sich untätig verhalten werde. Wie weiter bekannt wird, hat sich Nangking Suntschuangfang ergeben. Wupeifu ist in Hankau eingetroffen. Die Hupei-Militärpartei hat sich für ihn entschieden. Wupeifu hat sich endgültig gegen Peking und Mukden, d. h. gegen Tschangtsolin erklärt.

Prozeß der Preuß. Landespfandbriefanstalt

§ Berlin, 21. Oktober.

In der weiteren Verhandlung des Prozesses bestätigt zunächst der Angeklagte Nehring, daß er im Juli 1924 für die an sich ehrenamtliche Leitung der Bank für wertbeständige Anlagen eine Tantieme von 4000 Mark erhalten habe. Als dann die Angriffe gegen die Pfandbriefanstalt kamen, habe er den Betrag mit Zinsen zurückgeschickt. Als Zeuge wird dann Direktor Vormbaum von der Pfandbriefanstalt vernommen, der erklärt, er sei in Gewissenskonflikt gekommen, weil er das Geschäft mit dem Adelskonsortium nicht für zulässig hielt. Er habe es andererseits aber nicht über sich gewinnen können, gegen seinen Vorgesetzten vorzugehen. Zum Fall Schappach gibt der Zeuge die neue Tatsache an, daß der Inhaber der Firma Schicke in diesem Jahre den Offenbarungseid geleistet hat, so daß für die Pfandbriefanstalt keine Aussicht mehr bestehe, ihre Forderung einzutreiben. Zu einem Zwischenfall kommt es dann, als der Vorsitzende aus dem Zuhörerraum ein junges Mädchen herauskommen läßt, daß unter Zeugeneid angeben muß, eine Sekretärin von Dr. Beckhoff zu sein, in dessen Auftrag sie dem Prozeß von Anfang an beiwohnte, um Beckhoff die ihn berührenden Dinge mitzuteilen. Sie wird aus dem Saale entfernt und dem Staatsanwalt wird anheimgegeben das Erforderliche gegen Beckhoff zu veranlassen.

Deutscher Sieg im Memelland.

Völlige Niederlage der Litauer.

Die Wahlschlacht um den Memelländischen Landtag hat einen überwältigenden Wahlsieg der memelländischen Einheitsfront erbracht, die für die Autonomie des Memellandes eintritt. Nach dem von den einzelnen Parteizentralen errechneten Ergebnis sind insgesamt 57 466 Stimmen für die Einheitsfrontparteien abgegeben worden. Davon entfallen auf die Memelländische Landwirtepartei 24 101 Stimmen, auf die Memelländische Volkspartei 23 372 Stimmen, und auf die Sozialdemokratie 9993 Stimmen. Die litauischen Parteien haben insgesamt nur 3677 Stimmen aufgebracht; davon haben lediglich die verbundenen Listen der litauischen Bauern mit 2600 Stimmen Aussicht, einen Kandidaten zu erhalten. Die Kommunisten und die sonstigen kleinen Splitterparteien brachten 1602 Stimmen auf; sie werden keinen einzigen Kandidaten erhalten.

Die Kandidatenverteilung wird ungefähr das folgende Bild ergeben: insgesamt 28 Kandidaten der Einheitsfront, davon 12 Landwirte, 11 Volksparteiler und 5 Sozialdemokraten. Der letzte Sitz des Landtags wird den litauischen Bauern zufallen.

Das Wahlergebnis bedeutet für Litauen, das sich das Memelgebiet gewaltsam angeeignet hat, die schwerste Niederlage, die es seit Bestehen seines Landes erlitten hat. Es ist aber auch eine schwere Anklage gegen die Entente, die seinerzeit das Gebiet vom deutschen Vaterlande abtrennte, ohne die Meinung des Volkes zu befragen. Die Memelländer haben mit ihrer Wahl bewiesen, daß sie nichts von Litauen wissen wollen, und daß sie, wenn sie nicht zu Deutschland gehören können, wenigstens selbständig sein wollen.

Griechisches Ultimatum an Bulgarien.

Die Folgen eines Grenzzwischenfalls.

Die griechische Regierung hat von Bulgarien in einer befristeten Note wegen eines Grenzzwischenfalls bei Demir Capu Genugtuung gefordert. Griechische Truppen sind über die bulgarische Grenze marschiert und haben das Gebiet von Petrisi besetzt.

Über die Vorgänge, die zu diesem neuen Konflikt auf dem Balkan geführt haben, wird aus griechischer Nachrichtenquelle gemeldet, daß bulgarische Streitkräfte überraschend die griechischen Posten bei Beles angegriffen und einen Wachtposten getötet hätten. Ein griechischer Hauptmann, der sich den bulgarischen Truppen mit einer weißen Fahne näherte, wurde gleichfalls von den Bulgaren getötet. Infolge dieses bulgarischen Vorstoßes haben griechische Truppen die an der Strumitza liegende bulgarische Stadt Petrisi besetzt, die als Hauptsitz von Komitatschibanden bekannt ist.

Eine Warnung des Reichsfinanzministers.

Besprechung mit Gemeindevertretern.

Die Vorstände der Spitzenverbände der Gemeinden und Gemeindeverbände kamen auf Einladung des Reichsfinanzministers von Schlieben im Reichsfinanzministerium unter Beteiligung von Vertretern der Landesregierungen zur Aussprache über die allgemeine Finanzlage zusammen. Der Reichsfinanzminister erklärte, er beabsichtige in keiner Weise sich in die Zuständigkeit der Landesregierungen oder Gemeinden einzumischen oder auf die Gemeinden einen unzulässigen Druck auszuüben. Er halte es jedoch für seine Pflicht, in offener Aussprache mit den berufenen Organisationen der Gemeinden die Aussichten auf steuerlichem Gebiete für die nächste und spätere Zukunft festzustellen. Der Minister gab dann an Hand der veröffentlichten Übersichten eine eingehende Darlegung der finanziellen Lage. Im Hinblick auf die neuen Steuergesetze warnte er dringend vor der Annahme, daß mit einem Mehraufkommen von rund 400 Millionen Mark, das sich bekanntlich in der ersten Hälfte des laufenden Rechnungsjahres gegenüber dem Voranschlag ergeben hat und zum größten Teil den Ländern und Gemeinden zugute gekommen ist, auch in der zweiten Hälfte des Rechnungsjahres gerechnet werden könne. Reich, Länder und Gemeinden, die in enger Notgemeinschaft miteinander verbunden seien, müßten durch strengste Sparsamkeit den sachlichen und persönlichen Ausgabenbedarf so stark wie möglich einschränken.

Der Vizepräsident der Reichsbank, Kauffmann, wies auf die Notwendigkeit der Einschränkung der Aufnahme von Auslandsanleihen durch Gemeinden hin. In eingehender Aussprache wurden seitens der Vertreter der Gemeinden und Gemeindeverbände die Möglichkeiten der Ausgabenersparung erörtert.

Dauerkranke und Fahnenflüchtige.

Der Dolchstoßprozeß in München.

(3. Tag.) § München, 21. Oktober.

Zu Beginn der heutigen Verhandlungen verkündete der Vorsitzende einen Beschluß, wonach der Antrag des Beklagten auf Ablehnung des Obersten Joachim als Sachverständiger abgelehnt wird. Oberst a. D. Fritz v. Mantwy-Charlottenburg schildert seine Wahrnehmungen im Lazarett zu Breslau und als Chef des Generalstabes des Gardekorps sowie eine Reihe von Erlebnissen bei der Berliner Garnison. Von verschiedenen Seiten seien ihm im Jahre 1917 Mitteilungen zugegangen, daß verschiedentlich verwundete Soldaten

den Gesundungsprozeß verhindern wollten.

In der Zeit des Streiks im Januar 1918 habe er den Eindruck erhalten, daß die Truppen nicht mehr so ganz zuverlässig seien. Alles, was der Zeuge erlebt und empfunden habe, sei ein Spiegelbild dessen, was E. Barth geschrieben habe, der damals offen bekundete, daß die Revolution gemacht wurde. Barth habe selbst bestätigt, daß nicht der Hunger die Ursache für die Revolution gewesen sei. Als Chef des Generalstabes des Gardekorps habe er an manchem Tage über hundert Beschwerdebriefe erhalten, deren Wortlaut wiederholt der gleiche war. Es müsse also eine Zentrale gegeben haben, wo derartige Beschwerden abgefaßt wurden. Soweit unrechtmäßige Vorkommnisse beim Offizierkorps festgestellt wurden, wurden sie schwer geahndet. Ende Oktober 1918 seien ihm Fälle mitgeteilt worden, in denen

Mannschaften sich künstlich Krankheiten selbst beibrachten.

Nach dem Bericht des Polizeipräsidenten von Berlin mögen es 40—50 000 Mann gewesen sein, die gegen Ende des Krieges sich als Fahnenflüchtige in Berlin herumtrieben. Über die Vorbereitung der Revolution in Berlin bekundete der Zeuge u. a., am 3. November 1918 sei ihm gemeldet worden, daß ein Leutnant Walz die Mannschaften seiner Kompagnie darauf vereidigt habe, ihm bei einer Revolution Gefolgschaft zu leisten, und zwar gegen den Staat. Walz, der ein Werkzeug von Emil Barth gewesen sei, sei sofort verhaftet worden. Am 8. November sei ihm ein Revolutionsplan übergeben worden, den man bei der Haussuchung bei dem Abg. Däumig gefunden habe. Auch die Bildung von Soldatenräten sei planmäßig vorbereitet worden. Der Dolchstoß sei nicht Phantasiegebilde, sondern Tatsache.

Nächster Zeuge war Vizeadmiral a. D. v. Trotha, der während des Krieges Chef des Stabes der Hochseeflotte war. Er bekundete unter anderm: Die Verhältnisse in der Marine seien während des Krieges besonders günstig dafür gewesen, um die für jede Kampftruppe schädlichen parteipolitischen Gegensätze hineinzutragen. Der Zeuge schilderte die Behandlung der Marinemannschaften durch die Vorgesetzten und die Verpflegungsverhältnisse und stellte dabei fest, es seien niemals Klagen gekommen, daß die Leute wegen Unterernährung ihren Dienst nicht mehr machen konnten. Als im Sommer 1917 plötzlich der Versuch aufgedeckt wurde, den Parteikampf vom Lande her auf die Schiffe zu übertragen und

als die Wühlarbeit einsetzte,

sei das Hauptziel dieser Wühlarbeit gewesen, Stimmen für die U. S. P. zu sammeln, ebenso Namen, die auf der Stockholmer Konferenz verwertet werden sollten. Es sei zugegriffen worden, aber nicht möglich gewesen, bis an die Wurzeln dieser Wühlarbeit zu greifen. Der Zeuge weist in diesem Zusammenhange auf eine Äußerung des damaligen Reichstagsabgeordneten Ebert hin, der nach einem Protokoll in einer Unterhaltung mit dem Admiral Capelle, als er zuerst von diesen Dingen hörte, sich dahin geäußert hat, von einem derartigen Vorgehen, das auch er als krassen Landesverrat bezeichne und schärfstens verurteilte, sei er völlig überrascht. Ebert hatte in Aussicht gestellt, unter bestimmten Verhältnissen, ehe die Sache an die Öffentlichkeit kam, ein geheimes Rundschreiben an die sämtlichen Chefredakteure der rechtsstehenden sozialdemokratischen Zeitungen zu richten, damit sie auf das schärfste dagegen Stellung nehmen sollten. Er habe hinzugefügt, daß die Regierung fest auf seine Partei rechnen könne. Später, am 25. August, hat der Abgeordnete Ebert bei einer Besprechung mit dem damaligen Reichskanzler Michaelis sich dahin ausgesprochen: „Von unserm Standpunkt aus ist jeder Versuch, die Landesverteidigung zu stören und zu schwächen, zu mißbilligen." Die Leute auf den Schiffen, die vor dem Feinde standen, hätten bis zuletzt ihre Pflicht getan.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Verteilung der Hauszinssteuer.

In der Öffentlichkeit sind in der letzten Zeit wiederholt Klagen über die Art der Verteilung der Hauszinssteuer laut geworden. Die Reichsregierung läßt hierzu erklären, daß sowohl sie wie der Reichstag wiederholt zum Ausdruck gebracht haben, daß die Länder den Betrag der Hauszinssteuer, der zur Förderung des Wohnungsbaues bestimmt ist, nicht nach dem Aufkommen eines Bezirkes, sondern nach dem Bedarf verteilen und die Gebiete, in denen die Wohnungsnot am größten ist, am stärksten berücksichtigen sollen. Beschwerden über eine unangebrachte Verteilung der Hauszinssteuer sind daher bei den Ländern zu erheben, nicht beim Reiche.

Amerikanische Anleihen für deutsche Kommunen.

Die beim Reichsfinanzministerium gebildete Beratungsstelle für Auslandskredite, deren Begutachtung die Auslandskredite der Kommunen unterliegen, teilt mit, daß ihr in letzter Zeit Anträge verschiedener Kommunen zur Begutachtung vorgelegt worden sind. Die Beratungsstelle wird indes in allen Fällen die unbedingte Notwendigkeit und Nützlichkeit derartiger Anleiheanträge prüfen. Sie steht auf dem Standpunkt, daß nur in ganz besonderen Ausnahmefällen die Produktivität der von Städten erstrebten Auslandskredite nachzuweisen sein wird. Sie ist auch der Meinung, daß in allen Fällen, in denen das nicht möglich ist, die Ausgabe von Auslandsanleihen deutscher Städte im Hinblick auf den Schutz der deutschen Währung zu unterlassen ist. Es muß auch verhütet werden, daß die vom Auslande für die deutsche Wirtschaft verfügbaren Gelder durch Anleiheaufnahmen der Städte geschmälert werden, denn es erscheint viel dringlicher, Industrie und Landwirtschaft, soweit sie die Kredite für Hebung des Exports oder unmittelbar zur Minderung des Imports verwenden können, mit Auslandskrediten auszustatten, als den Kommunen Mittel zuzuführen für Zwecke, die zwar an sich wertvoll sind, aber auf eine spätere Zeit zurückgestellt werden können.

Arme Leiden...

ROMAN VON H. COURTHS-MAHLER

2] (Nachdruck verboten.)

So kam in das großzügige vornehme Patrizierhaus die ängstliche Pfennigrechnung der Beamtentochter und machte sich breit — ganz allmählich.

Großtanting kam meist nur zu den Mahlzeiten mit Adolphine und den andern Familienmitgliedern zusammen. Aber mit dem ältesten Sohne Peters und Adolphinens verband sie mit der Zeit ein ganz eigenartig inniges Verhältnis. Ernst Aßmann war ein warmherziger, etwas wilder und unbändiger Junge, der von seiner Mutter nur Tadel und Schelte bekam, den sie nicht verstand und dessen feuriges Wesen ihr direkt unsympathisch war. Ungerechte Strafen weckten seinen Trotz gegen die Mutter, wofür er wieder von seinem Vater gestraft wurde. So war er auf dem besten Wege, sich zu verhärten und zu verbittern. Da griff Großtanting ein. Sie sah, welch ein Verbrechen die schablonenhafte Erziehung an dem Knaben war, und ganz still und sanft, aber eindringlich, machte sie ihren Einfluß auf ihn geltend. Und Ernst begann ein anderes Leben zu leben. Manche Stunde, die er früher zu ungebärdigen, tollen Streichen benutzte, saß er jetzt bei Großtanting im Zimmer und plauderte mit ihr. Das alte, einsame Fräulein begann diese Knabenseele zu studieren, sich ihr anzupassen, die Schätze zu heben, die darin verborgen waren. Und ihr Leben erhielt dadurch plötzlich einen ungeahnten Wert. Ernst aber erkannte bald, trotz seiner Jugend, was er an Großtanting hatte, und diese zwei Menschen schlossen in der kalten Atmosphäre des Hauses ein warmes, festes Herzensbündnis.

Da Ernst verständiger und ruhiger wurde unter Großtantings Einfluß, ließ Adolphine die beiden ruhig gewähren, und Peter war herzlich froh, seinen Frieden wieder zu haben und nicht immer strafen zu müssen. Im Grunde liebte er seinen Ältesten mehr als Georg. Aber er ließ sich das niemals merken und glaubte, doppelt streng gegen ihn sein zu müssen.

Als Ernst älter wurde, entwickelte er sich zu einer lebensfrischen, kraftvollen Persönlichkeit. Es war ihm bekannt, daß er, gleich Georg, nach Beendigung der Schulzeit in die Fabrik eintreten sollte. Ihm fehlte aber alle Lust und Begabung zum Kaufmannsstande. Lange, ehe er das seinen Eltern eröffnete, wußte Großtanting, daß Ernst den Traditionen des Hauses Aßmann untreu werden wollte. Manche Dämmerstunde saß er auf dem Erkerplatz zu ihren Füßen und gab seinen idealen, feurigen Zukunftsideen Ausdruck. Welche drängende, lebensstarke Jünglingsseele enthüllte sich da den Blicken Großtantings. Sie saß da und staunte und schwärmte dann mit ihm um die Wette. Sein ganzes Sinnen und Streben richtete sich auf die Baukunst. Architekt, Baumeister, wollte er werden. Und vor Großtantings staunenden Augen entstanden unter seinen feurigen Worten herrliche Paläste, ernste, schöne Kirchen, wundervolle Villen und liebliche Landhäuser. Die halbe Welt durchstreiften die beiden Menschen in kühnem Fluge, Großtanting wurde manchmal etwas schwindelig dabei — aber sie flog tapfer mit. Und ganze Bücherstöße ließ sie sich ins Haus schicken, um sie mit Ernst durchzustudieren. Da zeigte er ihr, und lange ehe seine Eltern etwas davon ahnten, stand es bei den beiden fest, daß Ernst Baumeister werden sollte.

Daß es nicht ohne Kämpfe dazu kommen würde, wußten sie wohl, und so schoben sie die Eröffnung so lange wie möglich hinaus. Erst als Ernst das Abiturium hinter sich hatte und nun in die Fabrik eintreten sollte, kam es zur Katastrophe.

Seine bündige Erklärung, daß er nicht Kaufmann, sondern Architekt werden wollte, machte seinen Vater fassungslos. Er konnte das vorläufig gar nicht glauben. Aber die Mutter erklärte sofort mit despotischer Willkür, daß Ernst seine „verrückten Einfälle" aufgeben und sich zu fügen habe. Der wehrte sich gegen diesen Machtspruch. Es gab unruhevolle Szenen in dem alten Patrizierhause. Mutter und Sohn stießen mit den harten Köpfen aneinander. Denn einen harten Kopf hatte auch Ernst, so weich und liebevoll auch sein Herz, dank Großtantings Einfluß, geblieben war.

Und Frau Adolphine konnte Widerspruch nicht vertragen. Je mehr sich Ernst dagegen wehrte, je fester sie darauf bestand, daß er Kaufmann wurde. Ernsts Vater stand auf ihrer Seite. Alle Aßmanns waren Kaufleute gewesen, hatten Wohlstand und Reichtum durch den Kaufmannsstand errungen. Er hatte eine sehr hohe Meinung von diesem Stand und wollte, daß seine Söhne ihm beide angehörten.

So kam es zum Bruch zwischen Ernst und seinen Eltern. Er weigerte sich, Kaufman zu werden, und sie weigerten sich, ihm auch nur einen Pfennig zu geben, wenn er darauf bestehen sollte, aus dem Hause zu gehen und seinen Plan auszuführen. Sie glaubten, ihn durch diese Drohung gefügig zu machen, aber gerade diese Drohung steigerte seinen Trotz. „So hungere ich mich durch — ihr sollt mich nicht knechten und zu einem Beruf zwingen, der mir zuwider ist," hatte er auf die Drohung erwidert und war aus dem Zimmer gestürmt.

Grollend und verzweifelt war er zu Großtanting gekommen. Er hatte auch ihr versichtert, daß er noch heute fortgehen wolle und sich zur Not durchhungern, nie aber darauf verzichten würde, Architekt zu werden. Großtanting hatte lächelnd in sein flammendes Gesicht gesehen. Ernst hatte nicht, gleich seinem Bruder Georg, die Schönheit der Züge von seiner Mutter geerbt. Er war äußerlich ein echter Aßmann. Groß und stattlich war er emporgewachsen, aber seine Züge waren zu groß angelegt, für einen Jünglingskopf zu kantig und markig. Zum Manne gereift würde er bedeutend und charaktervoll seine Stirn dem Leben darbieten, eisern und unbewegt, das sah man schon heute dem Gesicht an, jetzt wirkte es eckig, fast unschön.

„Mein leive Junge," Grotanting nannte ihn immer so, „du willst doch wohl nicht mit deinem Kopf durch die Wand? Das denkst du dir wohl sehr romantisch und heroisch — das mit dem Durchhungern? Aber ein leerer Magen geht oft mit einem leeren Kopf einher, darauf wollen wir es lieber nicht ankommen lassen. Wozu ist dein Großtanting da? Hier — nimm dies Portefeuille, es lag schon für dich bereit, denn ich sah das alles kommen. Wenn du denn einmal hinauswillst, so sollst du nicht mit leeren Taschen gehen.

(Fortsetzung folgt.)

Lokales und Provinzielles.

Merkblatt für den 23. Oktober.

Sonnenaufgang	6^{41}	Mondaufgang	12^{56} N.
Sonnenuntergang	4^{48}	Monduntergang	9^{4} N.

1801 Der Komponist Albert Lortzing in Berlin geb. — 1857 Der Prinz von Preußen wird mit der Stellvertretung Friedrich Wilhelms IV. beauftragt.

☐ **Die einmalige Teuerungszulage an Altveteranen.** Der Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener teilt unter Bezugnahme auf die in der Presse erschienenen Mitteilungen mit, daß die vom Reichsfinanzminister angeordnete Zahlung einer einmaligen Teuerungszulage von 45 Mark ausschließlich an Altveteranen erfolgt. Da diese Teuerungszulage in monatlichen Teilbeträgen von 7,50 Mark erfolgt, erhalten die Empfänger der Veteranenbeihilfe ab 1. Oktober den Betrag von 20 Mark.

Berichtigung

des in Nr. 222 der „Rundschau für Bad Warmbrunn" vom 22. September 1925 erschienenen Artikels betreffend das öffentliche Klageverfahren der Staatsanwaltschaft gegen Studienrat i. R. Schnell wegen öffentlicher Beleidigung.

Zu 1 des Artikels:

Es ist nicht wahr, daß der Vorsitzende des Berufungsgerichts sinngemäß verkündet habe, daß die „Angaben" des Angeklagten Schnell den objektiven Tatsachen entsprechen. Wahr ist vielmehr nur, wie auch aus dem Erkenntnis des Berufungsgerichts wörtlich zu entnehmen ist, daß gewisse Behauptungen des Nebenklägers teilweise als objektiv unrichtig bezeichnet worden sind. Im übrigen hat das Berufungsgericht, wie ebenfalls das Urteil besagt, den von dem Angeklagten Schnell angetretenen Wahrheitsbeweis für die von ihm in seiner „öffentlichen Erklärung" vom 8.-9. April 1925 behaupteten beleidigenden Tatsachen als „nicht" erbracht angesehen.

Zu 2 des Artikels:

Es ist nicht richtig, daß dem Angeklagten Schnell gerichtsseitig zugute gehalten worden sei, daß er im festen Glauben seines „natürlichen" Rechtsempfindens gehandelt habe. Wahr ist vielmehr nur, daß das Gericht zwar angenommen hat, Angeklagter habe in gutem Glauben an eine Kränkung „seines" Ehrenstandpunktes gehandelt, zugleich aber auch aussprach — siehe Erkenntnis —, daß der Angeklagte „an sich" und „insbesondere inbezug auf den Ehrenstandpunkt" zu „Uebertreibungen und Aufbauschungen" neigt.

Zu 6 des Artikels:

Es ist nicht wahr, daß die dem Nebenkläger zugesprochene Publikationsbefugnis des verfügenden Teils des Berufungsurteils sich einzig auf die „Rundschau" beschränkt. Wahr ist vielmehr, daß dem Nebenkläger das Recht zugesprochen ist, den verfügenden Teil „beider" Urteile ohne Gründe in den in dem ersten Urteil benannten Blättern, also auch in den Hirschberger Zeitungen, öffentlich bekannt zu machen.

Bad Warmbrunn, den 20. Oktober 1925.

gez.: Neugebauer, Amts- und Gemeindevorsteher.

Ausschuß-Sitzung der „Allgemeinen Ortskrankenkasse für den Landkreis Hirschberg".

In der am vergangenen Sonnabend im hiesigen Kunst- und Vereinshause stattgefundenen Sitzung gab Herr Geschäftsführer Iser zunächst einen Bericht über die geschäftliche Lage der Kasse. Danach haben sich die Finanzen im 3. Vierteljahr 1925 — trotz verhältnismäßig hoher Krankenziffer — gebessert. Der Beitragsüberschuß steht jedoch bei den heutigen schwierigen Geldverhältnissen nur auf dem Papier. Während die Ausgaben der Kasse stets ohne größeren Aufschub zu leisten sind, gehen die Beiträge in erheblichem Umfang erst nach Monaten oder noch später durch Zwangsmaßnahmen ein. Das Vorhandensein eines größeren Betriebskapitals dürfte hiernach einleuchtend sein. Das Vermögen der Kasse steckt aber in den Grundstücken Wilhelmstraße 19 und Bahnhofstraße 43 d, wobei über den Ausbau des letzteren nähere Angaben gemacht wurden. Die Mitgliederzahl der Kasse gegenüber dem Vorjahr ist durchschnittlich gestiegen. Am 1. Oktober 1925 wurden 21 113 Versicherte gezählt, von denen 11 834 männlich und 9279 weiblich waren.

Darauf fand eine eingehende Aussprache über die Vorlage „Ermäßigung der Beiträge" statt. Hierbei gab Herr Vorstandsvorsitzender Marquardt die Stellungnahme des Vorstandes bekannt. Bei Berücksichtigung der gegenwärtigen unsicheren wirtschaftlichen Lage ermächtigte der Ausschuß den Vorstand, vom 1. Januar 1926 ab mit den Beiträgen von 7 auf 6½ Proz. möglichst herabzugehen.

Bei der alsdann stattfindenden Wahl der Rechnungsprüfer für die Jahresrechnung 1925 wurden seitens der Arbeitgeber die Herren Kuranstaltsbesitzer Berger-Berthelsdorf und Firmeninhaber Thom-Schmiedeberg (Stellvertreter) und seitens der Versicherten die Herren Textilarbeiter Sobisial-Schmiedeberg und Tischler Thiel-Herischdorf, sowie als Stellvertreter Gießer Flämig-Schmiedeberg und Vorarbeiter Matzke-Giersdorf gewählt.

Alsdann gelangte der Voranschlag für das Jahr 1926 zur Durchberatung, der mit dem Endbetrage von 1 210 000 Mk. angenommen wurde. Eine nochmalige Beratung fand darauf eine Eingabe des Interessenvereins von Mittel- und Nieder-Schreiberhau, die die Beibehaltung der besonderen Melde- und Zahlstelle nachsuchte. Trotz der dargelegten Gründe — weite Entfernung zur hauptamtlichen Zahlstelle Ober-Schreiberhau — blieb der Ausschuß bei dem früheren Beschluß der Aufhebung dieser Zahlstelle. Bei der Durchführung dieser Maßnahme soll Arbeitgebern wie Versicherten aber möglichst entgegengekommen werden.

Schließlich nahm der Ausschuß noch einige Abänderungen der Dienstordnung an, wonach fortan der „Geschäftsführer" die Dienstbezeichnung „Verwaltungsdirektor", der Hauptbuchhalter „Rendant" führen sollen, während die Stelle eines „Revisors" neu geschaffen wurde.

Darauf folgten noch einige geschäftliche Mitteilungen, wie über die Kündigung des neuen Arztvertrages, Einspruch der Aerzte gegen die neue Kreisfürsorge, soweit die letztere von der Kasse in Anspruch genommen wird, und den neuen Apothekervertrag. In letzterer Hinsicht wurde darauf hingewiesen, daß zur Wahrung des Flaschenpfandes die Mitglieder die leeren Arzneigefäße den Apotheken weiterhin zurückzugeben haben. Wegen Hermsdorf wurde gewünscht, gleichfalls eine hauptamtliche Zahlstelle einzurichten und mit dieser die Zahlstellen von Agnetendorf und Saalberg zu vereinigen. Einige Anfragen aus der Versammlung erhielten noch entsprechende Beantwortung.

):(Quartalssitzung. Die Zwangsinnung für das Schuhmacherhandwerk hielt am Montag ihre Quartalssitzung ab. Der Sitzung ging ein Vortrag über das Agaverfahren im Schuhmacherhandwerk voraus. Der Redner, Herr Schwarzel, wies in seinen interessanten Ausführungen auf die Vorzüge des Agaverfahrens hin und führte den Zuhörern an Hand von praktischen Arbeiten eine Probe vor. Am 9.—14. November wird hier im „Schwarzen Roß" ein Kursus über das Agaverfahren im Schuhmacherhandwerk stattfinden, wozu sich 33 Teilnehmer anmeldeten. Anschließend an den Vortrag eröffnete Herr Obermeister Höhl die Versammlung, welche von über 90 Mitgliedern besucht war. Der 2. Vorsitzende, Herr Thutwol berichtete über den Schlesischen Verbandstag in Glatz, Herr Klose-Crommenau über den Bezirksgruppentag in Bolkenhain. Beide Redner ermahnten um bessere Beteiligung in Zukunft. Alsdann ging man zur Besprechung der wirtschaftlichen Lage über, welche im Schuhmacherhandwerk sehr zu wünschen übrig lasse. Es wurden die von der Bezirksgruppe des Riesengebirges ausgegebenen Richtsätze bekanntgegeben und Flugblätter mit aufklärendem Inhalt verteilt. Man beschloß, daß bei Verwendung von nur bestem Material und sauberer Ausführung der Arbeit folgende Preise als Mindestpreise gefordert werden müssen: Herrenstiefel, Sohlen und Absätze, Rand genäht, 6 Mk., genagelt 5,50 Mk., Damenstiefel, Sohlen und Absätze, Rand genäht, 4,50 Mk., genagelt 4 Mk. Die Preise finden ihre Begründung darin, daß die Preise für das Leder und der Kleinmaterialien trotz aller Abbaubestrebungen ungefähr 100 Proz. über den Friedenspreisen liegen. Die selbständigen Schuhmacher wenden sich daher an das Publikum mit der Bitte, ihren gerechten Forderungen Verständnis entgegen zu bringen. — Dann folgte die Ehrung einiger Kollegen, welche der Innung bereits 40 Jahre angehören. Es sind dies die Herren Gustav Dreßler-Warmbrunn, Hermann Kratzert-Schreiberhau, H. Hoffmann-Giersdorf und Ernst Seifert-Seifershau. Den Jubilaren wurden Ehrenurkunden der Handwerkskammer Liegnitz überreicht.

Flinsberg, 21. Oktober. Der 53 Jahre alte Arbeiter Erdmann Nitsche in Albrechtsdorf nahm Arsenik, um Selbstmord zu begehen. An demselben Abend starb er noch an den Folgen. Die Frau Nitsche hatte sich den Tod ihres Mannes so zu Herzen genommen, daß sie am anderen Tage im Spitzbergwalde erhängt aufgefunden wurde.

Goldentraum, 21. Oktober. Die Anpassung der Goldentraumer Talsperre an die landschaftlich schönen Reize nimmt von Tag zu Tag zu. Zurzeit wird der Ueberlauf terrassenförmig ausgemauert, damit das herabstürzende Wasser an der Felswand keinen Schaden verursachen kann. Seit einiger Zeit hat die Schlesische Provinzialverwaltung einen Motorbootsverkehr Goldentraum—Greiffenberg und zurück erschlossen. Ein zehnsitziges Motorboot ist bereits dem öffentlichen Verkehr übergeben worden.

Waldenburg, 21. Oktober. Der kürzlich gemeldete Totenkopffund hat eine harmlose Aufklärung gefunden. Es handelt sich um ein präpariertes Anschauungsstück, das im Besitze einer hiesigen Schule war. Der Kastellan der Schule hatte von seinem Vorgesetzten den Auftrag erhalten, den Totenkopf zu vernichten und fortzuschaffen. Auf diese Weise ist schließlich der Totenkopf in den Müll geraten.

hy. Liegnitz, 21. Oktober. (Selbstmord durch Erschießen hat in einem hiesigen Fremdenhof ein 22jähriger junger Mann aus unbekannten Gründen verübt. — Der in Liegnitz wohnende General der Kavallerie a. D. v. Heister und seine Gemahlin, geb. Gräfin Frankenberg-Ludwigsdorf, können ihre diamantene Hochzeit begehen. Sie soll in Kegel bei Malchow in Mecklenburg gefeiert werden.

hy. Schweidnitz, 21. Oktober. (Ein rabiater Schuldner.) In einem Dorfe des Kreises wurde eine Handelsfrau, die mit dem Eintreiben von Forderungen beschäftigt war, von einem Arbeiter, den sie gerade besucht hatte, mit dem Revolver beschossen. Die Schüsse gingen fehl. Der Täter ist verhaftet worden.

Breslau, 21. Oktober. (Um die Rente der Frau Hahn.) Frau Rita Hahn hatte auf „ihre Villa" eine Hypothek in Höhe von 22 000 Mk. aufgenommen. Mit diesem Gelde trat sie als Gesellschafterin bei dem Garagenbau auf der Friedrichstraße ein. Weitere Gesellschafter waren Mayer und Zimmermeister Lindner. Nach seiner Verhaftung übertrug Mayer seinen Anteil an die Stadt, und ein gleiches tat auch Lindner, dem als Entschädigung dafür der Weiterbau an der Garage übertragen wurde. Jetzt scheint dem Stadtinspektor die ganze Sache leid zu tun und er möchte wenigstens seiner Geliebten eine Rente schaffen. Er hat deshalb an die Stadt den Antrag gestellt, die (angeblich) von der Hahn eingezahlten 22 000 Mk an diese zurückzuzahlen. Selbstverständlich denkt die Stadt garnicht daran, und nun will Mayer die Stadt verklagen. Bis jetzt ist der Prozeß noch nicht angestrengt, es wird aber aller Voraussicht nach zu einem Zivilprozeß kommen. Wenn Mayer diesen Prozeß gewinnen will, so muß erstens das Gericht zur Ueberzeugung kommen, daß die Villa nicht Eigentum des Mayer, sondern der Hahn war, bezw. von ihrem Gelde erworben wurde. Es muß ferner festgestellt werden, daß die Hahn die 22 000 Mk. aufgenommen hat und daß sie tatsächlich das Geld, um Gesellschafterin zu werden, eingezahlt hat. Der Zivilrichter wird natürlich auch die Strafakten gegen gegen Mayer und Genossen zurate ziehen.

Züllichau, 21. Oktober. Ein eigenartiges Geschäft ging ein hiesiger Gastwirt ein, der eine Färse für 370 Mk. ein Mindestgewicht von 9 Zentnern 11 Pfund vorausgesetzt, kaufen wollte. Der Verkäufer behauptete, daß die zum Verkauf gestellte Färse dieses Gewicht aufweise, was jedoch der Käufer bezweifelte. Man wurde sich schließlich einig, den Kauf unter der Bedingung abzuschließen, daß für jedes Pfund mehr oder weniger der Käufer 10 Mk. mehr oder weniger als 370 Mk. zu zahlen habe. Die Gewichtsfeststellung ergab ein Mindergewicht von 79 Pfund, demzufolge erhält der Käufer das Tier umsonst und noch 420 Mk. Bargeld vom Verkäufer, der sich aber sicher bemühen wird, wenn möglich, den Kopf aus der Schlinge zu ziehen.

Der Major von Oldesloe.

Eine Köpenickiade in Holstein.

Der „Deutschen Zeitung" wird aus Lübeck geschrieben: Der sehr ehrenwerte Magistrat von Oldesloe, einem Bade in der Nähe unserer Stadt, erhielt eines Tages ein dickes versiegeltes Schreiben, in dem irgend eine Amtsbehörde die Bürgerschaft aufforderte, an einem bestimmten Tage „Remontepferde" vorzuführen. Da die Remonte-Kommission immer gut bezahlt, war man sehr erfreut über diese Maßnahme und führte am verabredeten Datum auch Pferde in Massen auf den Marktplatz. Wirklich, es erschien ein gestrenger Herr Major mit Ordonnanz und vier Offizieren, prüften, begutachteten und die Bürger zerflossen vor Hochachtung. Die Pferde wurden für gut befunden und zur endgültigen Vorführung am folgenden Sonnabend bestellt.

Am Sonnabend erschien der Major mit keinen Offizieren, dafür aber mit mehr Mannschaften. Man einigte sich bald über den Preis, denn der Herr Major war überaus großzügig. So eine kulante Remontekommission war überhaupt noch nicht dagewesen. Man benahm sich also dementsprechend, gab dem hohen Herrn ein Frühstück, der Herr Major unterschrieb indessen wohlwollend eine Anzahl Schecks, hängte wohl hier und da auch noch eine Null daran, denn er war bester Laune. Die guten Bewohner von Oldesloe sprangen dafür um ihn herum, lasen ihm jeden Wunsch von den Augen ab. — Auf dem Marktplatz hatten die Mannschaften die Pferde zusammengekoppelt und warteten auf den Kommandeur. Endlich kam er mit dem gesamten Magistrat, der ihn bis an die letzten Häuser der Stadt begleitete.

Das war ein Festtag, denn so gut hätte man seine Pferde nie verkaufen können. — Tatsächlich ist das Wirtshaus am Sonnabend und Sonntag auch überlaufen gewesen. Doch am Montag kam der Katzenjammer. Als man auf die bezeichnete Bank ging, um sich das Geld abzuholen, stellte es sich heraus, daß die Remontekommission ein groß angelegter Schwindel ist und nichts weiter als eine Bande von Pferdedieben. Da gab es nun eine heillose Wut in Oldesloe, man raufte sich die Haare — aber es half nichts. Der Magistrat wies jede Schuld weit von sich und von den Pferden hat man bis heute noch keine Nachricht.

Preußischer Landtag.

(84. Sitzung.) tt. Berlin, 21. Oktober.

Ein Antrag der Abg. Frau Lehmann (Dtn.) auf Wiedereinführung einer Altersrente für Privatlehrerinnen wird dem Ausschuß überwiesen.

Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff

gibt bei Beratung der Novelle zum preußischen Ausführungsgesetz betr. den Finanzausgleich einen Überblick über die finanzielle Lage des Staates und kommt auf seine Ausführungen im Beamtenausschuß zurück. Es sei die Frage aufgeworfen, ob er seine Erklärung im Beamtenausschuß im Namen des Staatsministeriums abgegeben habe. Das Staatsministerium habe ihn ermächtigt, im Beamtenausschuß zu erklären, daß das Besoldungssperrgesetz und die im wesentlichen auf den ungünstigen Finanzausgleich zurückzuführende mißliche Lage der preußischen Finanzen es unmöglich machten, die in den kommunistischen Anträgen erhobenen Forderungen zu erfüllen. Dieser Ermächtigung hätten seine Ausführungen im Beamtenausschuß entsprochen. Es sei ihm nicht leicht geworden, diese Erklärung abzugeben, denn er müsse anerkennen, daß in weiten Beamtenkreisen Not herrsche. Aber seine Verantwortung für die Staatsfinanzen zwinge ihn leider, auf allen Gebieten für äußerste Sparsamkeit einzutreten. Der Minister geht sodann auf die Finanzlage im einzelnen ein. Die Finanzverwaltung werde gezwungen sein, die Überschüsse des Vorjahres in diesem Jahre zu verbrauchen, und komme in Gefahr, am 1. April 1926 ohne jeden Betriebsfonds zu sein.

Abg. Hirsch (Soz.) sieht in der Vorlage einen weiteren Eingriff in die Selbstverwaltung der Gemeinden. Neuerdings folge der preußische Finanzminister nur dem vom Reiche gegebenen Beispiel.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen und die Vorlage dem Hauptausschuß überwiesen. Das Haus setzt dann die zweite Beratung des Haushalts des

Justizministeriums

fort. Berichterstatter Abg. Dr. Grzimek (Dem.): Der Hauptausschuß hat den Haushalt unverändert zur Genehmigung empfohlen und von den 102 aus der Mitte des Ausschusses gestellten Anträgen 37 angenommen und allein die zum Strafvollzug vorgelegten Anträge einem besonderen Ausschuß zur weiteren Beratung zu überweisen vorgeschlagen.

In Beantwortung einer Großen Anfrage der Sozialdemokraten über die Mißstände in der Rechtspflege im Landgerichtsbezirk Aurich (Spielen des Borkumliedes, Aufhebung des Verbots durch den Amtsgerichtsrat von Steuber) erklärt der Staatssekretär, daß der Kompetenzkonflikt entstanden ist. Der Generalstaatsanwalt in Celle ist angewiesen, ein Disziplinarverfahren gegen den Richter einzuleiten. Die Einleitung ist von den zuständigen Instanzen abgewiesen worden. Die für die beantragte Besprechung der Interpellation erforderliche Unterstützung reicht nicht aus; die Besprechung wird unterbleiben.

Abg. Brückner (Soz.): Wir fordern dringend die Durchführung der sogenannten kleinen Justizreform. Die Bearbeitung der Aufwertungsanträge bedingt Vermehrung des Personals, wenn die Anträge nicht jahrelang unerledigt bleiben sollen.

Abg. Lüdicke (dnat.) kritisiert die Verordnung über die Abänderung des Gerichtsverfahrens vom 4. Januar 1924 und fordert Einwirkung auf die Reichsregierung eine anderweitige Regelung herbeizuführen.

Staatssekretär Fritze äußert sich zu der Ernennung Kroners zum Oberverwaltungsgerichtsrat dahin, daß dadurch ein Disziplinarverfahren nicht abgewendet werden konnte, da ein solches gegen Kroner gar nicht schwebte.

Abg. Dr. Ottenhof (Ztr.) erklärt, daß seine Partei der Ansicht der Linken über eine Voreingenommenheit der Richter gegen das neue Regime ausschlaggebenden Wert nicht beimessen könnte.

Abg. Eichhof (D. Vpt.) tritt für die Beilegung der für die Rechtspflege schädlichen Konflikte zwischen dem Preußischen Richterverein und dem Verband Preußischer Justizamtsmänner ein.

Nach einer Rede des Abg. [illegible] (Komm.) vertagte sich das Haus auf Donnerstag, [illegible] Uhr.

Nah und Fern.

○ **Überall erster Schneefall.** Der Winter scheint diesmal ungewöhnlich früh zu kommen. Nicht nur in den Mittelgebirgen, im Riesengebirge und in der Sächsischen Schweiz ist bereits Schnee gefallen, sondern auch in Erfurt, Hamburg und Berlin hat es bei stürmischem Wetter vorübergehend geschneit.

○ **Probefahrt des neuesten Hapag-Dampfers.** Das neueste auf der Werft von Blohm & Voß erbaute Frachtmotorschiff der Hamburg-Amerika-Linie „Friesland" hat dieser Tage seine Probefahrt erledigt und ist von der Hapag übernommen worden. Dieser Neubau hat einen Rauminhalt von 6252 Bruttoregistertonnen, ist 137 Meter lang, 18 Meter breit und 11,4 Meter hoch. Als Antriebsmaschinen besitzt das Schiff zwei etwa 3300 Pferdestärken leistende Dieselmotoren, die ihm eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 12 Seemeilen in der Stunde garantieren. Die „Friesland" wird in den Ostasiendienst der Gesellschaft eingestellt werden und voraussichtlich Anfang November ihre erste Reise antreten.

○ **Für 30 000 Mark Kokain und Morphium gestohlen.** Eine gefährliche Beute machten Einbrecher in Berlin. Sie drangen über ein Glasdach in eine pharmazeutische Fabrik ein und stahlen aus dem Giftschrank große Mengen Kokain und Morphium, im ganzen für 30 000 Mark. Auf die Ermittlung der Verbrecher und die Wiederbeschaffung des gestohlenen Gutes ist eine Belohnung von 10% des Wertes der wieder herbeigeschafften Menge ausgesetzt.

○ **Sieben Scheunen mit Erntevorräten niedergebrannt.** In Friedeberg am Queis brannten sieben am Bahnhof gelegene, verschiedenen Besitzern gehörende Scheunen nieder. Die Telephonanschlüsse von Friedeberg nach den umliegenden Ortschaften sind gestört, da die Leitungen wahrscheinlich von dem Feuer in Mitleidenschaft gezogen sind. Die gesamte Ernte der Besitzer, die in den Scheunen untergebracht war, ist vernichtet. Es wird Brandstiftung angenommen.

○ **Einweihung der zweitgrößten deutschen Talsperre.** Die neue Talsperre Muldenberg bei Zwickau wird in den nächsten Tagen eingeweiht werden. Sie ist in fünf Jahren erbaut worden und bedeckt angefüllt eine Fläche von 92 Hektar. Die Sperrmauer ist mit 470 Meter Länge die zweitgrößte Talsperremauer Deutschlands.

○ **Schweres Automobilunglück in Schwaben.** Ein schweres Automobilunglück ereignete sich bei Krumbach in Schwaben durch das Überfahren eines Hundes. Der Möbelfabrikant Stech aus Ulm verlor die Wagenführung, das Auto überschlug sich und stürzte in den Straßengraben. Stech wurde schwer verletzt, seine elfjährige Tochter getötet und zwei andere Kinder leicht verletzt.

○ **Ein aufsehenerregender Bericht.** Ein Professor der Universität Köln, der sich zurzeit mit fünfzig deutschen Studenten in Chikago aufhält, kündigt einen Bericht an, aus dem hervorgehen soll, daß die Vereinigten Staaten an einem Tage soviel Lebensmittel unnötig zugrunde gehen lassen, als erforderlich wäre, um ganz Deutschland in der gleichen Zeit zu ernähren.

⊙ **Rückkehr nach elfjähriger Abwesenheit aus der russischen Gefangenschaft.** Nach elfjähriger Abwesenheit kehrte der Sohn des Schwelmer Photographen Blagnies in die Heimat zurück. Er war während des Weltkrieges in russische Gefangenschaft geraten und konnte erst jetzt über Ostasien die Heimreise antreten.

○ **Schwerer Betriebsunfall.** Auf einer Baustelle der Höchster Farbwerke stürzte der 25 Zentner schwere Behälter einer Betonbeförderungsmaschine ab und begrub drei Arbeiter unter sich. Sie wurden lebensgefährlich verletzt in das Höchster Krankenhaus gebracht.

⊙ **Bei Giftgasversuchen selbst vergiftet.** Der bekannte englische Giftgassachverständige Prof. Levrey hat sich bei Versuchen mit einem neuen von ihm erfundenen Gase vergiftet und liegt seit Tagen bewußtlos im Londoner St. Georgskrankenhaus. Da man noch kein Gegengift gegen dieses neue Gas kennt, sind die Ärzte machtlos.

Bunte Tageschronik.

Berlin. Die Luftposten Berlin—Hamburg und Hamburg—Hannover—Frankfurt (Main) werden mit Ablauf des 21. Oktober aufgehoben.

Köln. Der Kassierer des Finanzamtes Mörs (Rheinland), der mit 340 000 Mark geflüchtet war, stellte sich freiwillig der Polizei.

Prag. Die Absatzkrise im Ostrauer Kohlenrevier hat sich verschärft. Die Berg- und Hüttenwerke A.-G. war genötigt, die Betriebseinstellung auf der Grube Salma zu verfügen. Zur Prüfung der Lage ist die Einsetzung einer besonderen Kommission beschlossen worden.

Paris. Aus Rom wird gemeldet, daß zwei amerikanische Banken dem Vatikan eine Anleihe von 1½ Millionen Dollar gewährt hätten.

London. In einem Londoner Gefängnis lösten zwei Gefangene in zweijähriger Arbeit mit Scheren die Ziegelsteine der Gefängnismauer, drehten aus ihrem Bettzeug einen Strick und entkamen auf die Straße.

Rom. Beim Gericht von Fiume wurde ein Moratoriumsantrag eingebracht, unterzeichnet von 100 Firmen der Stadt lautend auf drei Monate, um, wie es heißt, zu verhindern, daß dem finanziellen Ruin der moralische folge.

= **Ein deutsch-amerikanischer Bankräuber.** Die Tat eines Deutschamerikaners erregt in ganz Amerika lebhaftes Aufsehen. Es handelt sich um den vor einer längeren Reihe von Jahren als Junge aus Deutschland eingewanderten Fred Nickel, der in Potsdam geboren ist. Nickel hat eine wahre Romanlaufbahn hinter sich und brachte es vom einfachen Laufjungen zum Besitzer eines der größten Unternehmen in Dayton (Ohio) und genoß in der genannten Stadt größtes Ansehen. Seit letzter Zeit war er aber vom Unglück verfolgt und mußte so schwere finanzielle Verluste erleiden, daß sein Unternehmen dem Zusammenbruch nahe war. Seine mißliche Lage hat nun Nickel zu einer unglaublichen Verzweiflungstat getrieben. Er entschloß sich nämlich, einen Bankraub vorzunehmen, und drang, mit einem Revolver bewaffnet, in eine Bankfiliale in Dayton ein. Während die Angestellten mit erhobenen Händen dastehen mußten, raubte er 25 000 Dollar und entfloh in seinem eigenen Auto. Inzwischen gelang es der Polizei, seiner habhaft zu werden.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Zuchthaus für einen Separatisten.** Vor dem dritten Strafsenat des Reichsgerichts fand die Revisionsverhandlung gegen den Bergmann Julius Fuchs aus Kirn an der Nahe statt. Am 15. Dezember 1923 gehörte Fuchs einer separatistischen Wache im Rathaus zu Koblenz an. Der Arbeiter Johann Schreck aus Koblenz kam am genannten Tage mit mehreren Freunden in den Wachraum des Fuchs und verlangte von den Separatisten die Herunternahme einer separatistischen Fahne, jedoch weigerten sich die Separatisten. Als Schreck in ein anderes Zimmer trat, fiel plötzlich ein Schuß und Schreck stürzte tödlich getroffen zu Boden. Der Schuß war von Fuchs abgegeben worden. Das Schwurgericht zu Koblenz verurteilte seinerzeit Fuchs wegen Mordes zu acht Jahren Zuchthaus. Das Reichsgericht verwarf die Revision, so daß es bei der Strafe von acht Jahren Zuchthaus verblieb.

§ **Prozeß Schimmayer und Genossen.** Wegen Spionage, Verrats militärischer Geheimnisse, schweren Einbruchdiebstahls und unbefugten Waffenbesitzes hatten sich vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts der 25 Jahre alte Stellmacher Kurt Schimmayer aus Potsdam, der frühere Militärfunker Alfred Abicht und die beiden Militäroberfunker Wilhelm Damaschke und Josef Marschall, letztere aus Ruhleben, zu verantworten. Im Jahre 1924 hatte der Angeklagte Abicht aus einem Schranke des Stationsgebäudes in Ruhleben wichtige, im Interesse des Staates geheimgehaltene Zeichnungen und Schriftstücke gestohlen und sie dem Angeklagten Schimmayer ausgehändigt, der schon längere Zeit mit einem französischen Nachrichtenoffizier in Verbindung stand. Nach achtstündiger Verhandlung, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, verurteilte das Gericht Schimmayer zu zehn Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Ehrverlust und dauernder Stellung unter Polizeiaufsicht, Abicht zu sechs Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust, Damaschke zu vier Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust und Marschall zu zwei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust, außerdem wurde auf Entfernung aus dem Heere erkannt. Ein beschlagnahmter Betrag von 1500 Mark wurde eingezogen.

§ **Ein neues Verfahren gegen von Carlowitz.** Im Verlauf der Verhandlungen wegen der Kredite der Preußischen Landespfandbriefanstalt teilte der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Lehmann mit, daß nunmehr ein Eröffnungsbeschluß gegen Hans Karl von Carlowitz ergangen sei in einer Strafsache, in der er hinreichend verdächtig erscheint, das Vermögen der Bürohaus-Börse-A.-G. geschädigt zu haben. Es handelt sich dabei um ein beabsichtigtes, aber nicht zur Vollendung gelangtes Vergehen des Betruges, und zwar insofern, als der Angeklagte von Carlowitz versucht hat, zehn Wechsel zu je 50 000 Mark vom Bürohaus Börse für seine Zwecke unterzubringen, obwohl diese Wechsel nicht vorschriftsmäßig unterzeichnet waren. Das Gericht beschloß, das neue Verfahren nicht mit dem alten zu verbinden.

§ **Freispruch des Bürgermeisters Dr. Hill durch das französische Kriegsgericht in Mainz.** Der Bürgermeister von Alzey, Dr. Hill, der kürzlich vom französischen Kriegsgericht in Mainz zu einem halben Jahr Gefängnis verurteilt worden war, wurde in der Berufungsinstanz freigesprochen. Dr. Hill hatte bekanntlich für ein neues Türschloß an der Tür einer Kaserne fünfzehn Mark berechnet, während später das alte Schloß, das gewaltsam entfernt worden war, wieder aufgefunden wurde und nur fünf Mark gekostet hätte.

Börse und Handel.

Amtliche Berliner Notierungen vom 21. Oktober.

* **Börsenbericht.** Auf günstige Gerüchte hin über die zu erwartende Freigabe des deutschen Eigentums in Amerika eröffnete die Börse in fester Haltung. Einzelne Werte konnten sehr erhebliche Kursaufbesserungen erzielen. Im weiteren Verlauf trat jedoch eine gewisse Abschwächung ein. Am Geldmarkt ist die Lage unverändert, tägliches Geld 8—10 %, monatliches Geld 10—11,50 %.

Devisenbörse. Dollar 4,19—4,21; engl. Pfund 20,31 bis 20,36; holl. Gulden 168,62—169,04; Danz. 80,57 bis 80,77; franz. Frank 18,53—18,57; belg. 19,12—19,16; schweiz. 80,80—81,00; Italien 16,76—16,80; schwed. Krone 112,23—112,51; dän. 104,23—104,49; norweg. 85,89—86,11; tschech. 12,42—12,46; österr. Schilling 59,12 bis 59,26; poln. Zloty (nicht amtlich) 69,27—69,63.

* **Mitteldeutsche Häuteauktionen in Halle.** Es standen 47 000 Kalbfelle und 28 000 Schaffelle zur Versteigerung. Bei Kalbfellen war die Tendenz fest. Im Durchschnitt wurden die alten Preise erzielt. Es kosteten Kalbfelle ohne Kopf 1,30—1,50 M., mit Kopf 1—1,30 M. je Pfund.

* **Kartoffelerzeugerpreise.** Weiße Kartoffeln 1,65, rote Kartoffeln 1,75, Odenwälder blaue 1,90, gelbfleischige 2,10 M., andere gelbfleischige Kartoffeln 7,75—8,50 Pf. pro Stärkeprozent.

* **Butternotierungen.** 1. Qualität 2,17, 2. Qualität 1,92, abfallende Butter 1,72 M.

* **Marktbericht vom Magerviehhof in Friedrichsfelde.** Schweine- und Ferkelmarkt. Auftrieb: Schweine 250 Stück, Ferkel 770 Stück. Marktverlauf: Langsames Geschäft, bei Läuferschweinen verbleibt Überstand. Es wurden gezahlt im Engroshandel pro Stück für: Läuferschweine, 7—8 Monate alt, 70—80 M., 5—6 Monate alt 50—60 M., Pölke, 3—4 Monate alt, 30—45 M., Ferkel, 9—13 Wochen alt, 25—30 M., 6—8 Wochen alt 21—25 M.

* **Schlachtviehmarkt.** Auftrieb: Rinder 2112, darunter Bullen 409, Ochsen 629, Kühe und Färsen 1074, Kälber 2150, Schafe 6795, Schweine 9224, Ziegen 60, Schweine aus dem Auslande 635. Preise: Für ein Pfund Lebendgewicht in Pfg.: Ochsen a) vollfleischige, ausgemästete 50—52, b) vollfleischige, ausgemästete im Alter von 4—7 Jahren 43—46, c) junge, fleischige, nicht ausgemästete 38—40, d) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 30—35; Bullen a) 50—52, b) 43—47, c) 36—40; Kühe und Färsen a) 48—52, b) 38—44, c) 27—34, d) 21—25, e) 17—19; Fresser 33—38; Kälber a) —, —, b) 85—98, c) 70—80, d) 52—65, e) 42—48; Stallmastschafe a) 45—50, b) 32 bis 40, c) 24—28; Schweine a) —,—, b) 92, c) 88—91, d) 84—87, e) 81—83, f) —,—; Säue 78—82; Ziegen 20—23. Marktverlauf: Bei Rindern und Kälbern ruhig; bei Schafen langsam, es bleibt Überstand; bei Schweinen glatt.

* **16 Millionen Pfund Seefische in einem Monat.** Der Fischverkauf am Hamburg-Altonaer Fischmarkt hat im September eine ungeheure Umsatzzahl erreicht. Die Heringsfischerei an den von der deutschen Hochseefischerei aufgesuchten Fangplätzen steht an der Spitze. Angeliefert wurden aus eigenen Fängen 3 540 000 Pfund im Werte von 1 531 000 Mark. Vom Auslande angefordert wurden etwa 3½ Millionen Pfund, so daß insgesamt 12 Millionen Pfund Heringe in die Auktionen und zum Freiverkauf kamen. Davon wurden 8 Millionen Pfund von der Altonaer Fischindustrie verarbeitet und der Versand von Räucherwaren ins Binnenland hat einen riesigen Umfang angenommen. An anderen Seefischen aus eigenen Fängen und an Zufuhren aus England, Dänemark und Holland wurden über 4 Millionen Pfund angebracht, so daß der Gesamtumsatz an Seefischen in einem Monat die gewaltige Höhe von genau 16 360 000 Pfund im Werte von 3 Millionen Mark erreicht hat.

* **Produktenbörse.** Geringe Preisveränderungen Amerikas und weitere Befestigung Liverpools boten wenig Anregung. Vom Inlande scheint das anhaltende Regenwetter größere Zufuhr in Brotgetreide zu hindern, was für Weizen angesichts der weiteren Exportfrage und der Deckungen gegen Vorverkäufe die Tendenz und die Preise leicht befestigte. Für greifbare Ware wie für Termine waren die Wertbesserungen jedoch nur unerheblich. Auch beim Roggen hält Frage für die Küste an, gleichzeitig besteht auch bei Inlandsmühlen Bedarf, während das vorliegende Verkaufsmaterial nur mäßig ist. Die Tendenz für den Artikel ist behauptet, Preislage wenig verändert. Im Gerstengeschäft mangelt es nicht an Offerten, noch mehr aber zeigen sich solche für Hafer, dessen Tendenz ruhiger ist, da das Interesse Mittel- und Westdeutschlands nachgelassen hat. Im Mehlhandel hat sich nichts gebessert. Im Geschäft mit Futterartikeln ist für einzelne Gattungen, so besonders Kartoffelflocken, zu den gewichenen Preisen etwas mehr Umsatz.

Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark.

	21. 10.	20. 10.		21. 10.	20. 10.
Weiz. märk.	212-215	212-215	Weizkl. f. Brl	11,0	11
pommerscher	—	—	Rogkl. f. Brl.	8,9-9,2	8,9-9,2
Rogg., märk.	147-151	147-151	Raps	—	—
pommerscher	—	—	Leinsaat	—	—
westpreuß.	—	—	Viktor.-Erbs.	26-31	26-31
Braugerste	205-228	206-231	kl. Speiseerbs	26-28	26-28
Futtergerste	164-171	165-172	Futtererbsen	21-24	21-24
Hafer, märk.	174-186	176-186	Peluschken	—	—
pommerscher	—	—	Ackerbohnen	—	—
westpreuß.	—	—	Wicken	22-25	22-25
Weizenmehl			Lupin., blaue	—	—
p. 100 Kil. fr.			Lupin., gelbe	—	—
Bln. br. inkl.			Seradella	—	—
Sack (feinst.			Rapskuchen	15.2-15,4	15-15,2
Mrk. ü. Not.)	27-31	27-31	Leinkuchen	22,2-22,4	22
Roggenmehl			Trockenschtl.	8,6-8,7	8,7-8,8
p. 100 Kil. fr.			Soya-Schrot	20,4-20,5	20,4-20,5
Berlin br.			Torfml. 30/70	9.5-9.6	9,5-9,6

Vereins-Kalender.

Stenographen-Verein „Stolze-Schrey". Jeden Mittwoch, abends von 8 Uhr ab: Uebungsabend in der Evang. Schule.

M.-G.-V. „Harmonie". Jeden Freitag von 8 Uhr ab Gesangstunde im „Goldenen Löwen".

Selbstverständlich **Rahma-buttergleich** MARGARINE

Heimat-Vorträge

Vorträge über Heimatkunde des Hirschberger Tales und seiner Umrandung.

jeden Montag von 8 bis etwa 10 Uhr abends im Zeichensaal der evangelischen Schule in den Monaten November—März 1926 vom 9. November beginnend.

November: Geologie und Erdkunde — Oberbergdirektor a. D. Niedner.

Dezember: Ethnologie, Mundart, Siedlungen — Rektor Illmer.

Januar: Politische Geschichte — Studiendirektor a. D. Dr. Thunert.

Februar: Wirtschaft in Vergangenheit und Gegenwart — Regierungsrat a. D. Keil.

März: Kulturgeschichte (Religion, Sitten und Bräuche, Volksbildung, Wissenschaft und Kunst). — Studiendirektor a. D. Thunert.

Die Leitung J. A.: **v. Katzler.**

Achtung!

Zur billigen Quelle!

Herren- u. Knaben-Anzüge, Arbeitskleider, Windjacken u. Winterjoppen, wollene Unterkleider, Wäsche, Velour, Hemdenbarchend, Manchesterstoff. Schuhwaren für Herren, Damen und Kinder, Filz- u. Kamelhaarschuhe, Pantoffeln und Schaftstiefel. Alles in großer Auswahl zu staunend billigen Preisen.

Annahme von Schirmreparaturen.

Friedrich Mehle,

Warmbrunn, Hirschberger Straße 21, gegenüber der Post. (Hochparterre.)

Weiße Wäsche

sehr billig

Werner, Warmbrunn

Im Winter wie im Sommer ist die Reklame für den strebenden Geschäftsmann

unentbehrlich

und sollte er darum nie versäumen seine Geschäftsanzeigen in den „Warmbrunner Nachrichten" erscheinen zu lassen

Echten Hermelinkragen

Kostüm, Kleider, Mäntel, (Gr. 44), **Ueberzieher auf Seide, Kochkiste, Gasbackhaube billig zu verkaufen.**

(10—2 Uhr)

Herm. Stehr-Str. 24, 1.

Galerie :-: Bad Warmbrunn

Sonnabend, den 24. Oktober 1925, abends 7.30 Uhr:

Gesellschafts-Abend

des Frauen-Bundes der Deutschen Kolonial-Gesellschaft

Programm siehe bei Leipelt und Weißer.

Eintrittskarten bei Leipelt.

Haut-röte

sowie alle Arten von Hautunreinigkeiten, Hautausschlägen, wie Blütchen, Mitesser, Finnen, Pickeln, Pusteln usw. verschwinden durch täglichen Gebrauch der echten

Steckenpferd-Teerschwefel-Seife

von Bergmann & Co., Radebeul.

:: :: Überall zu haben.